

**Die Teuerungszulagen der Staatsbediensteten.**  
Der Deutschradikalen Vereinigung des Abgeordnetenhauses ist es in langen Beratungen mit dem Finanzministerium gelungen, die Anerkennung einer Reihe von Erweiterungen zu den von den deutschradikalen Abgeordneten gestellten Anträgen zu erlangen. Zunächst wird die Teuerungszulage der Staatsbediensteten, Arbeiter und Pensionisten vom 1. Januar 1918 an vorläufig um fünfzig Prozent erhöht, unbeschadet den etwa weitergehenden Beschlüssen des Staatsangestelltenausschusses, die voraussichtlich zu ihrer Realisierung noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Ferner erhalten die Staatsbediensteten, Arbeiter und Pensionisten mit Ausnahme der Staatseisenbahnbediensteten, für die durch die Widmung von 100 Millionen Kronen gemäß dem Antrag Tomschik bereits Vorsorge getroffen ist, eine einmalige Aushilfe in der Höhe von drei Monatsraten der derzeitigen Teuerungszulage. Die hierdurch erwachsenden Auslagen stellen sich auf rund 600 Millionen Kronen als Mehrbedarf, wenn die Anträge, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, zum Beschluß erhoben werden.